

Baade, Fritz

**Article — Digitized Version**

## Die Wandlung der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Baade, Fritz (1949) : Die Wandlung der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 9-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130872>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# ABHANDLUNGEN

## Die Wandlung der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland

Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel

Die Deutschlandpolitik der USA hat in den letzten Jahren einen dramatischen Wandel durchgemacht: von der totalen Unvernunft des Morgenthau-Plans zu dem hohen Grad von Vernunft, den sie heute aufweist. Den Tiefpunkt der negativen und destruktiven Deutschlandpolitik bildete das am 15. September 1944 zwischen Präsident Roosevelt und Winston Churchill geschlossene Abkommen über die Deutschland gegenüber einzuschlagende Politik. Dieses Abkommen, das den Morgenthau-Plan in seiner ursprünglichen Gestalt widerspiegelt, sah vor, daß sämtliche Industrien an der Ruhr und an der Saar einschließlich des Kohlenbergbaus zerstört und für alle Ewigkeit geschlossen werden sollten. Es sah vor, daß eine internationale Kontrollkommission darüber wachen sollte, daß die Deutschen nicht etwa in ihrer berühmten Spitzfindigkeit die Kohlengruben und Fabriken wieder aufmachen. Das Abkommen erklärte ausdrücklich, sein Ziel sei, Deutschland in ein Land zu verwandeln, das hauptsächlich von Landwirtschaft und Weidewirtschaft lebt.

Dieser Morgenthau-Plan war nicht etwa das Werk eines Außenseiters. Er wurde in Quebec von Roosevelt und Churchill unterschrieben und war damit die erklärte Deutschlandpolitik und — da man keine Deutschlandpolitik betreiben kann, ohne gleichzeitig über die Europapolitik zu entscheiden — die erklärte Europapolitik des amtlichen Amerika zu dieser Zeit.

Die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland seit dem Abkommen von Quebec ist dadurch charakterisiert, daß an die Stelle der krassesten Form der Unvernunft zunächst mildere Formen der Unvernunft und dann fortschreitend neue Konzeptionen der amerikanischen Deutschlandpolitik mit einem wachsenden Gehalt an Wirklichkeitssinn und Vernunft getreten sind. Diese Entwicklung hat durch die vom amerikanischen Außenminister Acheson auf der Pariser Konferenz im Mai 1949 im Namen der drei westlichen Alliierten abgegebene Erklärung: „Es gibt kein Zurück zu Potsdam!“ einen gewissen Markstein erreicht. Es wird in den nachstehenden Darstellungen gezeigt werden, daß auch die jüngste Entwicklung, wie sie durch das Washingtoner Agreement vom April 1949 und die Erklärungen der westlichen Alliierten auf der Pariser Konferenz dargelegt ist, noch nicht den völligen Abschluß darstellt. Immer-

hin, das Stück des Weges, das die amerikanische Deutschlandpolitik noch zurücklegen muß, um sich von der völlig destruktiven zu einer konstruktiven Konzeption zu entwickeln, ist verhältnismäßig klein im Vergleich zu der gewaltigen Wegstrecke, die zwischen Quebec 1944 und Paris 1949 bereits zurückgelegt worden ist.

### DER ERSTE INDUSTRIEPLAN

Den ersten Schritt zu einer ausgesprochen gemilderten Form der Unvernunft gegenüber dem Abkommen von Quebec bildet das Potsdamer Abkommen mit dem ersten Industrieplan. Der Hauptfortschritt bestand in der Erkenntnis, daß man die Kohlengruben an der Ruhr erhalten, ja, ihre Leistungsfähigkeit im Interesse deutscher Nachbarländer auf das äußerste anspannen wollte. Durch eine Diskussion in der amerikanischen Presse im Mai 1949 wurde bekannt, daß das Hauptverdienst an diesem Fortschritt, d. h. an der Rettung der Kohlengruben, einem Mann zukommt, der gerade jetzt die wichtigste Schlüsselposition in der amerikanischen Deutschlandpolitik übernimmt, dem bisherigen Weltbankpräsidenten und künftigen amerikanischen High Commissioner in Deutschland, McCloy. McCloy war damals Unterstaatssekretär im amerikanischen Kriegsministerium. Er hat, wie aus den Memoiren Stimsons<sup>1)</sup> hervorgeht, bereits damals eine sehr kräftig gehaltene Denkschrift gegen die Morgenthau-Konzeption verfaßt, in der es heißt:

„Die Frage ist nicht, ob wir den Wunsch haben, daß die Deutschen für ihre Sünden leiden sollen ... Die einzige Frage besteht darin, ob es möglich ist, eine Gruppe von 70 Mill. gebildeter, arbeitswilliger und initiativreicher Menschen gewaltsam auf einem so niedrigen, unter dem Existenzminimum liegenden Niveau zu halten, wie die Vorschläge des Schatzamtes (Morgenthau) es ins Auge fassen. Ich glaube, daß dies menschlich unmöglich ist ... Das Endergebnis der drastischen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die das Schatzamt vorschlägt, ist ein offenes Bekenntnis des Bankrottes aller Hoffnungen auf eine vernünftige wirtschaftliche und politische Bereinigung der Kriegsursachen.“

Trotz dieser grundsätzlichen Erkenntnis konnten allerdings auch McCloy und diejenigen, die mit ihm zusammen im State Department und im War

<sup>1)</sup> on active service, S. 587.

Department für eine vernünftige Deutschlandpolitik eintraten, das Abkommen von Quebec nur zu den geringeren Graden der Unvernunft abmildern, wie sie im Potsdamer Abkommen mit dem ersten Industrieplan und der Dienstanweisung 1067 vom 26. April 1945 niedergelegt sind. Der Fortschritt besteht insbesondere in der Rettung der Kohlengruben. Ein weiterer Fortschritt besteht darin, daß an der Ruhr nicht die gesamte Stahlindustrie zerstört, sondern daß Deutschland eine Stahlkapazität von 7 Mill. t belassen werden sollte, allerdings unter der Auflage, daß die tatsächliche Stahlproduktion „in keinem zukünftigen Jahr 5,8 Mill. t ohne die besondere Genehmigung der Alliierten Kontrollkommission“ überschreiten durfte. Grundsätzlich sollten nicht nur sämtliche Produktion von Kriegsmaterial, sondern auch folgende wichtigen Gruppen von Friedensproduktionen verboten sein:

- a) synthetischer Treibstoff und Öl,
- b) synthetischer Gummi,
- c) synthetisches Ammoniak,
- d) Kugel- und Roll-Lager,
- e) schwere Werkzeugmaschinen von bestimmten Typen,
- f) schwere Traktoren,
- g) Magnesium,
- h) Beryllium,
- i) Vanadium von Thomsmehl,
- k) radiumaktive Materialien,
- l) Wasserstoffsuperoxyd mit mehr als 50 %,
- m) Radiosendegeräte.

Diese Produktionen sollten nicht nur verboten sein, sondern die gesamte Ausrüstung dafür sollte demontiert und, soweit sie irgend jemand haben wollte, als Reparationen an die siegreichen Verbündeten geliefert werden. Das gleiche galt von den Fabrikausrüstungen auf dem Gebiet der chemischen Industrie, der Stahlerzeugungs- und der Stahlverarbeitungsindustrie und des Maschinenbaus, soweit die Kapazität ein Niveau überschritt, das man auf Grund des Abkommens von Potsdam für eine deutsche Friedenswirtschaft für ausreichend hielt. Die im Grunde noch völlig negative Haltung der damaligen amerikanischen Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland kommt insbesondere in den Bestimmungen der Dienstanweisung 1067 zum Ausdruck, in der Präsident Roosevelt General Eisenhower unter dem 26. April 1945 anweist:

„Sie haben keine Schritte zu unternehmen,

- a) die die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands ins Auge fassen oder
- b) dazu bestimmt sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken.“

#### DER REVIDIERTE INDUSTRIEPLAN

Der revidierte Industrieplan vom Sommer 1947 bildet den nächsten Schritt zu einer positiven Grundeinstellung. In ihm wird zum ersten Male in der amtlichen Deutschlandpolitik der USA die Grunderkenntnis ausgesprochen, die heute wohl Allgemeingut geworden ist (wenn auch die tatsächlichen Maßnahmen sich noch nicht in allen Einzelheiten danach richten):

„Ein ordentliches und blühendes Europa verlangt den wirtschaftlichen Beitrag eines stabilen und produktiven Deutschlands“.

oder:

„Als ein positives Programm, das dringend verwirklicht werden muß, bemüht sich die Regierung der Vereinigten Staaten um die Schaffung von solchen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Bedingungen in Deutschland, die in der wirksamsten Weise zu einem stabilen und blühenden Europa betragen“<sup>2)</sup>.

Gegenüber einer im Potsdamer Abkommen und im ersten Level-of-industry-Plan festgesetzten Quote der maximalen Stahlproduktion von 5,8 Mill. t für ganz Deutschland wurde nunmehr die Stahlquote für die Bizone allein auf 10,7 Mill. t festgesetzt, was praktisch mehr als eine Verdoppelung bedeutete. Wesentliche Erhöhungen erfolgten auch für die Produktionsquoten in der chemischen Industrie, in der Erzeugung von elektrischem Strom, im Maschinen- und Fahrzeugbau. In der Maschinenindustrie sollte eine genügende Kapazität erhalten werden, um ein Jahresprodukt im Werte von 500 Mill. RM = 80 % der Vorkriegsproduktion zu ermöglichen. Wie weit gerade dieser Punkt des Programms hinter der heutigen Auffassung über das Volumen der deutschen Maschinenproduktion, das nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse seiner Handelspartner wünschenswert erscheint, zurückblieb, sehen wir an der Tatsache, daß der heutige Longterm-Plan der amerikanisch-englischen Besatzungs-Behörde für die Bizone eine Maschinen-Ausfuhr im Werte von fast 1 Mrd. D-Mark anstrebt.

Trotz aller Fortschritte, die der zweite Industrieplan vom Sommer 1947 darstellt, erhellt gerade das mit diesem zweiten Industrieplan verbundene Demontageprogramm mit erschreckender Deutlichkeit, wieviel Negatives noch immer in der im Sommer 1947 erreichten neuen Konzeption der amerikanischen Deutschlandpolitik enthalten war. Nachdem die Demontagen in den Westzonen Deutschlands auf Grund der Erklärung von Byrnes in Stuttgart über ein Jahr angehalten worden waren, weil die Russen ihr in Potsdam gegebenes Versprechen, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln, nicht erfüllten, sollte nun in den Westzonen beschleunigt alles demontiert werden, was an Kapazität über die im zweiten Industrieplan enthaltenen Ziffern hinaus vorhanden war. Nach diesem mit dem zweiten Level-of-industry-Plan gekoppelten Demontageprogramm sollten in den drei Westzonen insgesamt 918 Betriebe demontiert werden, die sich auf die beiden Kategorien „Kriegsbetriebe“ und „überflüssige Betriebe“ wie folgt verteilen:

<sup>2)</sup> New Directive, approved by the State, War and Navy Departments, to Gen. Lucius D. Clay, United States Commander in Germany; on the Military Government of that country, Washington, July 15, 1947. Zit. nach: G. S t o l p e r, German Realities. New York 1948, S. 312 f.

	Amerik. Zone	Engl. Zone	Französ. Zone
Insgesamt	186	496	236
Kriegsbetriebe	104	198	36
Überflüssige Betriebe	82	298	200

Wie diese Tabelle zeigt, gehörte nur in der amerikanischen Zone die Mehrheit der für die Demontage vorgesehenen Betriebe zu den sog. Kriegsbetrieben. In der britischen Zone war das Verhältnis umgekehrt. Denn hier waren nur zwei Fünftel der Betriebe als Kriegsbetriebe und drei Fünftel als überflüssige Betriebe bezeichnet. In Nordrhein-Westfalen, das die gesamte Industrieproduktion der Ruhr umfaßt, waren von 294 Betrieben nur 43 als eigentliche Kriegsbetriebe bezeichnet.

#### DER KAMPF UM DIE DEMONTAGE

Wie einschneidend sich dieses ursprüngliche Demontageprogramm auf die produktive Substanz der deutschen Industrie hätte auswirken müssen, zeigt sich, wenn man die in der amerikanischen und englischen Zone als „überflüssig“ bezeichneten Betriebe auf die wichtigsten Industriegruppen aufteilt:

	Amerik. Zone	Engl. Zone
1. Stahlerzeugende Betriebe	5	49
2. Walzwerke	—	31
3. Röhrenwerke	—	53
4. Betriebe zur Herstellung von Straßenbaumaschinen	—	14
5. Betriebe zur Erzeugung von Bergbauausrüstungen	—	47
6. Betriebe zur Erzeugung von wichtigen Exportgütern	49	90
insgesamt	54	284

Dieses Demontageprogramm wurde als der unwiderruflich endgültige Standpunkt der amerikanischen und englischen Politik auf diesem Gebiet bezeichnet. Trotzdem ist es in unablässig zähem Kampf in Deutschland, vor allem aber in den Vereinigten Staaten selber gelungen, auch gegenüber dieser Phase der amerikanischen Deutschlandpolitik recht erhebliche Fortschritte zu erzielen. Die Einzelheiten dieses Kampfes können hier nicht aufgezählt werden. Wir müssen uns damit begnügen, die wichtigsten Etappen zu erwähnen.

Von einschneidender Bedeutung war es, daß in das Marshall-Plan-Grundgesetz, den Foreign Assistance Act of 1948, der Artikel 115 f eingefügt wurde, durch den der Marshall-Plan-Verwalter Paul G. Hoffman beauftragt wurde, eine nochmalige Revision der Demontageliste durchzuführen und festzustellen, welche Betriebe dem europäischen Wiederaufbau besser dienen, wenn sie in Deutschland erhalten bleiben. Durch das gleiche Gesetz wurde er ermächtigt, auf dem Wege über das State Department von den Nationen, die zum Empfang von Repara-

tionsleistungen aus Deutschland berechtigt waren, den Verzicht auf die Demontage und den Abtransport dieser Betriebe zu verlangen. Wie jetzt allmählich auch in Deutschland bekannt wird, ist auf Grund der Tatsache, daß eine offensichtlich überwältigende Mehrheit der Senatoren und Abgeordneten im 80. Kongreß gegen die „Zerstörung auf unsere Kosten“ waren, eine ganze Anzahl von Kommissionen zur Nachprüfung der Demontageliste eingesetzt worden. Eine der ersten, deren Tätigkeit von der deutschen Öffentlichkeit kaum bemerkt worden ist, war eine unter dem Vorsitz von Norman H. Collison tagende Kommission. Ihr Bericht war so radikal demontagefeindlich, daß er bis heute nicht veröffentlicht wurde. Es wird behauptet, daß der Collison-Bericht die Erhaltung von mehr als 450 Betrieben vorschlug. Da dem später vom Marshall-Plan-Administrator Hoffman zur Durchführung des Artikels 115 f eingesetzten Humphrey Committee nur 381 Betriebe zur Nachprüfung zugewiesen wurden, müssen die im Collison-Bericht zur Rettung vorgeschlagenen etwa 450 Betriebe tatsächlich so gut wie alle Betriebe gewesen sein, die damals (im Frühjahr 1948) noch nicht demontiert waren. Im Sommer 1948 hat eine unter der Führung des amerikanischen Stahlindustriellen Wolf stehende Kommission zweimal besonders die Demontagefrage in der Stahlindustrie untersucht. Der zweite Wolf Report wurde dann vom Humphrey Committee in seinen Empfehlungen restlos übernommen.

Der eigentliche Träger des an Paul G. Hoffman erteilten Revisionsauftrages wurde das Humphrey Committee, das seinen Bericht bereits im Herbst 1948 fertiggestellt hatte. Es wurde auch bekannt, daß das Humphrey Committee 167 Betriebe zur Rettung laut Artikel 115 f vorgeschlagen hatte, weil sie seiner Überzeugung nach dem europäischen Wiederaufbau wirksamer dienen, wenn sie in Deutschland erhalten bleiben. Es wurde weiter bekannt, daß die englische und die französische Regierung zunächst versucht hatten, der Arbeit des Humphrey Committee in der britischen und französischen Zone Schwierigkeiten entgegenzustellen und daß sie dann 50 Betriebe von der Rettungsliste zu streichen versuchten. Trotz mehrfachen Drängens des zur Überwachung des Marshall-Plans vom Kongreß eingesetzten Joint Congressional Committee, des sog. Watchdog Committee, die Vorschläge des Humphrey Committee endlich zu veröffentlichen, wurden diese Vorschläge bis zum April 1949 geheimgehalten. Erst nach dem Abschluß des Kompromisses zwischen den drei Außenministern in Washington wurde diese Liste endlich veröffentlicht. Wir sehen daraus, daß die Streichung von 50 Betrieben von der Rettungsliste das völlige Scheitern der Rettungsaktion bedeutet hätte. Den Kampf um die Demontagepolitik zwischen Engländern und Franzosen auf der einen und den Amerikanern auf der anderen Seite müssen wir uns

natürlich so vorstellen, daß es sich um die 50-ersten Betriebe auf der nach Größe und Wichtigkeit aufgestellten Demontageliste handelt. Wenn also in einer Liste von 167 Betrieben 50 abgesetzt werden sollen, bleiben nur die ausgesprochenen Klein- und Mittelbetriebe mit Belegschaftsziffern von weit unter 100 Mann übrig. Der zähe Kampf der amerikanischen Diplomatie und der Beauftragten der Militärregierung gegen die englischen und französischen Vernichtungswünsche, der sich im Januar und Februar 1949 in London abspielte, war also von größter Wichtigkeit. Die Londoner Verhandlungen wurden schließlich mit dem Ergebnis abgebrochen, daß die Engländer und Franzosen die Rettung von 150 Betrieben zugestanden, während 17 Betriebe, die natürlich die größten und wertvollsten waren, zur Vernichtung verurteilt wurden.

#### KOMPROMISS VON WASHINGTON

Die Zähigkeit, mit der das State Department darauf bestand, die Vorschläge des Humphrey Committee geheimzuhalten, beruhte auf dem Wunsch, die Demontagefrage in ein großes Kompromiß zwischen Amerika auf der einen, England und Frankreich auf der andern Seite über alle schwebenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Deutschlandpolitik hineinzuarbeiten. Dieses Kompromiß ist dann im Frühjahr 1949 anlässlich des Besuchs des englischen Außenministers Bevin und des französischen Außenministers Schuman in Washington zustande gekommen. Es schließt das Besatzungsstatut, die Deutschland einzuräumende Verfassung, das Mitbestimmungsrecht der einzelnen Besatzungsmächte im Rahmen der künftigen Kontrollorganisation, die Frage der Demontage und die Frage der eingeschränkten oder verbotenen Industrien ein.

Alles in allem genommen, ist das in Washington Anfang April 1949 zustande gekommene Kompromiß ziemlich unerfreulich. Auf dem Gebiet der Demontagen fordert es die Zerstörung der August-Thyssen-Hütte, fünf großer Stahlwerke bzw. Teile von ihnen und drei wichtiger chemischer Betriebe in Oppau und Ludwigshafen. Bei den drei chemischen Betrieben handelt es sich um einen erheblichen Teil der Stickstoffkapazität, um die Buna-fabrikation und die Chlorfabrikation — sämtlich Produktionszweige, die für den Wiederaufbau Deutschlands dringend gebraucht werden. Auf dem Gebiet der verbotenen oder eingeschränkten Industrien bedeutet es eine Begrenzung der Stickstoffproduktion auf diejenige Kapazität, die nach den Demontagen übrigbleiben wird, ferner ein grundsätzliches Verbot der Buna-produktion, und zwar nicht nur der Endproduktion von synthetischem Kautschuk, sondern auch der Erzeugung einer Fülle für die deutsche Wirtschaft wichtiger Zwischenprodukte. Wie ein Schlag aus heiterem Himmel kam insbesondere das Verbot des Fischer-Tropsch-Prozesses. Das Kompromiß sieht

ferner die Beibehaltung der Stahlquote von 11,1 Mill. t für Westdeutschland vor.

Das alles ist eingebaut in ein politisches Kompromiß, das ebenso ungünstig aussieht. Deutschland sollte eine Verfassung oktroyiert werden, die im klaren Widerspruch zu derjenigen Lösung stand, auf die sich die beiden großen Parteien im Parlamentarischen Rat in Bonn geeinigt hatten. Ein klares Verfassungsdiktat, das — man kann es nicht anders bezeichnen — ein Stück Demontage der Steuerhoheit in Deutschland mit erheblich zerstörenden Folgen für die deutsche Wirtschaft bedeutet hätte, denn ohne ein gewisses Maß von Einheitlichkeit kann man einen modernen Staat nicht verwalten. Hinzugefügt war ein Besatzungsstatut, bei dem von irgendeinem über den Besatzungsmächten stehenden Schiedsgericht überhaupt nicht mehr die Rede war, während vorher immer nur darüber diskutiert worden war, ob bei diesem Schiedsgericht auch die Deutschen vertreten sein sollten und ob es beratende oder bestimmende Funktionen haben sollte. Jetzt gab es plötzlich überhaupt kein Schiedsgericht mehr. Ein besonders unerfreuliches Kompromiß ist in der Frage des Stimmrechts der einzelnen Besatzungsmächte geschlossen worden. Vorher hatten die Amerikaner den Standpunkt vertreten, daß jede der drei Besatzungsmächte in dem neuen Regime so viel zu sagen haben sollte, wie das betreffende Land für den Wiederaufbau Deutschlands zahlt. Das hätte zu einem überwiegenden Stimmrecht Amerikas geführt. Und da die amerikanische Deutschlandpolitik trotz ihrer heutigen Mängel unendlich viel konstruktiver ist als die französische oder englische, so wäre das ein großer Fortschritt gewesen. Es ist jedoch Außenminister Schuman gelungen, in Washington von Außenminister Acheson sogar ein Vetorecht für die französische Seite zu erreichen, ein Vetorecht in allen Fragen, die Reparationen und Sicherheit betreffen, so daß heute tatsächlich, wenn das Washingtoner Kompromiß buchstäblich zur Anwendung kommen sollte, jede weitere Verbesserung auf dem Gebiet der Demontagen oder auf dem Gebiet der verbotenen und beschränkten Industrien unter das französische Vetorecht fallen würde.

Insgesamt ist das Washingtoner Kompromiß vom April 1949 das Ergebnis eines gewissen Rückschlags in der Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik. Dieser Rückschlag wurde eingeleitet durch die Wiederwahl Präsident Trumans im Herbst 1948. Alle Welt hatte die Wahl eines republikanischen Präsidenten erwartet und alle Welt hatte erwartet, daß die Wahl dieses republikanischen Präsidenten eine Ausschaltung aller Reste von Morgenthau-Anhängern aus den maßgebenden amerikanischen Regierungsstellen, insbesondere im State Department, bringen werde. Das ist nicht erfolgt. Es wurde gleichzeitig ein Kongreß mit einer demokratischen Mehrheit gewählt. Man kann allerdings nicht sagen, daß vom Standpunkt einer kon-

struktiven Deutschlandpolitik die republikanische Partei in Amerika allgemein „besser“ und die demokratische allgemein „schlechter“ wäre. Es gibt in beiden Parteien Männer, die ein ausgezeichnetes Verständnis für die Deutschlandpolitik haben, und es gibt in beiden Parteien eine große Anzahl Männer, die sich für die Deutschlandpolitik überhaupt nicht interessieren und schließlich eine gewisse Minderheit, die einer positiven Deutschlandpolitik feindlich gegenübersteht. Was sich durch die Wahl geändert hat, ist, daß vor der Wahl einer demokratischen Verwaltung eine republikanische Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus gegenüberstand. Und die republikanische Mehrheit war schon aus Gründen der Innenpolitik und der Propaganda den Maßnahmen der Verwaltung gegenüber außerordentlich kritisch eingestellt. Wenn die Verwaltung Fehler machte — und die oben aufgezählten Etappen von Unvernunft (allerdings von progressiv abnehmender Unvernunft) in der Deutschlandpolitik gehören zu den kostspieligsten Fehlern der amerikanischen Politik der letzten Zeit —, so war es für die Opposition ein besonderes Vergnügen, sich mit diesen Fehlern in der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen. Die Verbesserungen der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie sie sich insbesondere in der Kritik des Demontageprogramms, in der Schaffung des Artikels 115 f, in der Einsetzung des Humphrey Committee und im fortgesetzten Druck auf restlose Erfüllung der Empfehlungen des Humphrey Committee widerspiegeln, waren hauptsächlich das Ergebnis der Tätigkeit einer republikanischen Oppositionsgruppe im Senat und im Repräsentantenhaus. Führend in dieser Opposition waren die Senatoren Taft und Styles Bridges (der letztere in seiner doppelten Eigenschaft als Vorsitzender des Senatsausschusses für Geldbewilligungen und als Vorsitzender des Joint Congressional Committee), die Repräsentanten Eaton, Herter und Case sowie, wenn auch aus anderen Gründen, der Repräsentant Taber. Auch diese Abgeordneten nahmen Schlüsselstellungen ein, Eaton als Vorsitzender des House Committee für auswärtige Angelegenheiten, Herter als Vorsitzender des Sonderausschusses für die Europahilfe, Case als Vorsitzender des Unterausschusses für Deutschland im Herter Committee und Taber als Vorsitzender des House Committee für die Geldbewilligungen. Die Wahl des 81. Kongresses mit einer demokratischen Mehrheit hat die Möglichkeit wesentlich vermindert, die Verwaltung durch die kritische Haltung der Oppositionsmehrheit im Kongreß zu einer positiveren Deutschlandpolitik zu bewegen. In den Schlüsselpositionen, in denen im 80. Kongreß die genannten Senatoren und Abgeordneten saßen, sitzen heute Demokraten, die in den Fragen der Deutschlandpolitik überwiegend zum mindesten indifferent und wenig informiert sind, oder gar, wie etwa der inzwischen verstorbene demokratische Vorsitzende

des House Committee für auswärtige Angelegenheiten, Sol Blum, ein ausgesprochenes Hinneigen zur Morgenthauptolitik zeigen.

Der Kampf für eine sinnvolle konstruktive Weiterentwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik ist also im 81. Kongreß schwieriger geworden. Allerdings wäre es absolut irreführend, zu sagen, daß eine positive Deutschlandpolitik nur vom republikanischen rechten Flügel der amerikanischen Politiker vertreten wird. Wir haben im Kampf für eine konstruktive Deutschlandpolitik seit Jahren eine außerordentlich wertvolle Hilfe durch einen anderen Flügel der USA-Politik erfahren, nämlich die Gewerkschaften. Vor allem hat die American Federation of Labor mit ihrem Präsidenten William Green durch mehrfache Besuche bei Präsident Truman und durch Eingaben der AFoL an den Kongreß ganz wesentlich zur positiven Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik beigetragen. Eine vielbeachtete Aussage von William Green vor dem Kongreß unmittelbar vor Annahme des Marshall-Plan-Gesetzes von 1948 hat sicher einen erheblichen Teil des Verdienstes daran, daß der Artikel 115 f in das Gesetz aufgenommen ist.

Der Rückschlag der amerikanischen Deutschlandpolitik, der sich seit dem Herbst 1948 abzeichnet und der in einer Reihe von höchst unerfreulichen Bestimmungen des Washingtoner Kompromisses vom Frühjahr 1949 seinen sichtbaren Niederschlag gefunden hat, ist sicher nur als vorübergehend zu betrachten. Die Wiederwahl Trumans und die Wahl eines Kongresses mit demokratischer Mehrheit ist vom Standpunkt der amerikanischen Innenpolitik aus gesehen, ganz wesentlich ein Sieg der amerikanischen Gewerkschaften. In den neuen Kongreß ist eine Anzahl von Abgeordneten und Senatoren mit Gewerkschaftshilfe hineingekommen. Es sind überwiegend neue Männer, die in die Politik kaum eine eigene Linie mitgebracht haben, die als „progressive Liberalisten“ teilweise eine gefühlsmäßige Hinneigung zu Morgenthau-Ideen hatten. In dem Maße aber, wie diesen Politikern klar wird, wie positiv die Haltung der amerikanischen Gewerkschaften ist, wird sich auch im 81. Kongreß eine Gruppe bilden, die für die Beseitigung der letzten Restbestände von destruktiver Konzeption in der Deutschlandpolitik von höchster Bedeutung werden kann.

#### DIE STELLUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Daß die amerikanische Deutschlandpolitik noch immer in vollem Fluß ist und daß bei dem Vorwärtstreiben dieser Politik auf dem Wege zur vollen konstruktiven Konzeption die amerikanischen Gewerkschaften eine führende Rolle spielen dürften, hat sich gerade in den Wochen kurz vor und kurz nach dem Washingtoner Kompromiß gezeigt. Daß im Washingtoner Kompromiß nicht, wie die Engländer und Franzosen zugestehen wollten, 150 Be-

triebe, sondern 159 vor der Demontage gerettet worden sind, ist zweifellos entscheidend darauf zurückzuführen, daß unmittelbar vor dem Eintreffen Bevins und Schumans sowohl der frühere Präsident Herbert Hoover wie der Präsident der AFoL, William Green, einen energischen Vorstoß bei Präsident Truman und beim State Department gemacht haben, um möglichst alle auf der Liste des Humphrey Committee stehenden Betriebe zu retten. Die amerikanischen Gewerkschaften waren auch die ersten, die nach der Verkündigung des Washingtoner Abkommens sich weigerten, in diesem Kompromiß der Weisheit letzten Schluß zu sehen. Insbesondere haben sich die amerikanischen Gewerkschaften als erste zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Demontagen in Amerika bereitgefunden. Die AFoL hat auf ihrer Tagung in Cleveland am 15. Mai 1949 eine vollständige Einstellung aller Demontagen, den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer westdeutschen Regierung und eine Regelung des Reparationsprogramms auf dem Wege der Verhandlung mit dieser Regierung gefordert. Diese Tagung in Cleveland ist für die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung, ja der Weltarbeiterbewegung, höchst bedeutsam. Es wurde dort beschlossen, an Stelle des bisherigen kommunistisch beeinflussten Weltgewerkschaftsbundes, dem nur die CIO, aber nicht die AFoL angehörte, einen neuen nichtkommunistischen Weltgewerkschaftsbund durch ein gemeinsames Vorgehen der beiden großen amerikanischen Spitzenverbände zu gründen. Die auf der gleichen Tagung beschlossene sehr starke Erklärung gegen die Demontagen und für eine restlose positive Deutschlandpolitik wurde mit einem besonderen Brief dem Präsidenten Truman übergeben.

Ein neuer, sehr wertvoller Bundesgenosse ist inzwischen in der Person des Leiters der in Amerika politisch sehr einflußreichen Gewerkschaft der Automobilarbeiter aufgestanden: Walter Reuther<sup>3)</sup>. Die amerikanischen Automobilarbeiter kämpfen seit Jahren einen Kampf um die Erhöhung der Stahlkapazität in den Vereinigten Staaten, um für die amerikanische Automobilindustrie eine reichlichere Rohstoffversorgung und damit für die Automobilarbeiter eine Vollbeschäftigung zu sichern. Da die Privatwirtschaft nicht bereit ist, das Risiko dieser Kapazitätserhöhung zu tragen, verlangen die Automobilarbeiter, daß die Regierung öffentliche Gelder

für die Erhöhung der Stahlkapazität in Amerika um 10 Mill. t zur Verfügung stellt. Da Präsident Truman hauptsächlich mit Hilfe der Gewerkschaften wiedergewählt worden ist, steht die amerikanische Regierung dieser Forderung der Automobilarbeiter, für die sich auch die CIO eingesetzt hat, sympathisch gegenüber. Angesichts dieser Situation konnte es nicht schwerfallen, Walter Reuther davon zu überzeugen, daß die Zerstörung einer Stahlkapazität von 2,5 Mill. t in Westdeutschland allein durch die Demontage der August-Thyssen-Hütte ein unerträglicher Schlag gegen diese Stahlpolitik der amerikanischen Automobilarbeiter ist. Walter Reuther richtete daher einen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, in dem er die Einstellung aller Demontagen verlangte. Zur Frage der Demontage in der westdeutschen Stahlindustrie sagte er in diesem Brief:

„Sie haben verlangt, daß die Stahlkapazität in den Vereinigten Staaten erweitert werden soll, um die weltweite Stahlknappheit zu beheben. Die Demontage der deutschen Stahlwerke würde diese Knappheit verschärfen, auf unsere sowieso schon ungenügende heimische Stahlversorgung eine zusätzliche Belastung legen und die amerikanischen Arbeiter in der Automobilindustrie und den anderen stahlverbrauchenden Industrien der Aussicht auf volle und regelmäßige Beschäftigung berauben.“ ...

Damit ist dank der kameradschaftlichen Hilfe der amerikanischen Gewerkschaften für ihre deutschen Arbeitskollegen und dank des Verständnisses von Walter Reuther für die Interessenverbundenheit aller Stahlverbraucher in der westlichen Welt die Periode der Interesselosigkeit überwunden und der Kampf gegen die Demontagen in Amerika neu eröffnet. Es ist besonders erfreulich, daß er jetzt von Männern und Organisationen mit solcher Tatkraft geführt wird, die in der heutigen innenpolitischen Situation Amerikas besonders einflußreich sind.

In allerjüngster Zeit ist nun noch ein weiterer Faktor hinzugekommen, der uns auf eine positive Weiterentwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik hoffen läßt: Die Einstellung aller Reparationen und die Beseitigung aller Industriebeschränkungen in Japan.

Durch die Erklärung des Generals McCloy als Vertreter der USA in der Far East Commission, daß die Amerikaner von jetzt an keine Reparationen aus Japan mehr zulassen wollen, wird es Japan ermöglicht, seine gesamte Industriekapazität für den Wiederaufbau einzusetzen. Es sei die wohlüberlegte Ansicht der USA, daß es zur Verhinderung der Wiedererstehung des japanischen Rüstungspotentials nicht notwendig ist, die Produktion von Friedensgütern zu beschränken oder der japanischen Industrie irgendwelche Begrenzungen aufzuerlegen. Damit wird also Japan die unbegrenzte Stick-

<sup>3)</sup> Im Interesse der Vollständigkeit der historischen Darstellung müssen wir bemerken, daß Prof. Dr. Baade es unterlassen hat, einen eigenen, nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung zu erwähnen. Durch seine zusammen mit Christopher Emmet verfaßte Schrift „Deconstruction at our Expense“, zu der der frühere Präsident Hoover das Vorwort schrieb, hat er selber bereits im Winter 1948 nicht unwesentlich zur Belegung der amerikanischen Kritik an der Demontage beigetragen, die dann zu der Einfügung des Artikels 115 f in das Marshall-Plan-Grundgesetz führte. Der Brief Walter Reuthers an Präsident Truman und die neue Aktivität der amerikanischen Gewerkschaften in der jüngsten Phase der Demontagepolitik ist das direkte Ergebnis der Verhandlungen, die Prof. Baade auf seiner Amerika-reise im Frühjahr 1949 geführt hat.

stoffproduktion gestattet, während Deutschland, das der Welt die Erfindung des synthetischen Stickstoffs geschenkt hat, auf Grund des Washingtoner Agreement weiter einer Beschränkung seiner Stickstoff-Produktion unterliegt. Ferner können fünf japanische Fischer-Tropsch-Anlagen wieder mit voller Kapazität für die Friedenswirtschaft arbeiten, während die

Anwendung des Verfahrens in Deutschland verboten ist. Auch eine Begrenzung der Stahlproduktion ist für Japan hinfällig.

Das ist eine bedeutsame Wendung. Die Anwendung dieser Grundsätze auf Deutschland würde dazu führen, daß die Deutschlandpolitik der USA einen restlos konstruktiven Sinn erhält.

**Summary:** Change of the American policy in respect of Germany. The various stages of the policy adopted by the USA in relation to Germany are shown. The stage of the complete unreasonableness is characterized by the Morgenthau plan which in Quebec has been declared official policy towards Germany and consequently European policy of the Allies. The first industrial plan marks the first stride ahead in relation to this absolutely destructive principle. Under this plan the coal mines were saved and a steel quota approved. The negative side of this second phase is shown by the regulation 1067 which determines the direction of the policy in respect of Germany. Only the second industrial plan is putting Germany at a constructive stage which however is considerably impaired by the dismantling programme. The fight on the dismantling programme demonstrates the different views of the victor powers. The growing understanding of the American policy expresses itself in the tenacity with which this fight is waged by the USA. The dismantling policy is the gist of the compromise reached between the Allies in Washington in respect of the German problems. It is characteristic of the set-back which the American policy has experienced in respect of Germany, since the autumn 1948. The reasons for this set-back are examined by an investigation of the internal policy of the USA. It has been recognized that the policy of the American trade unions, which still is in process of perfection, is the positive element of the future USA policy in respect of Germany.

**Résumé:** Les changements de la politique d'économie poursuivie envers l'Allemagne par les E.U. Ce traitement montre les diverses phases de la politique employée envers l'Allemagne par les E.U. Le plan de Morgenthau, proclamé principe de la politique officielle envers l'Allemagne et par cela de même envers toute l'Europe de la part des Alliés, caractérise cette époque d'une folie totale. Le premier plan d'industrie représente le premier pas en avant en relation au principe de la destruction absolue. Le teneur négatif de cette deuxième phase, cependant, se manifeste dans l'ordonnance 1067 fixant la gouverne pour la politique à poursuivre envers liste des démontages éclaircit les l'Allemagne. Ce n'était que le deuxième plan d'industrie qui portait cette politique à une phase constructive étant limitée par le programme de démantèlement. La lutte pour la différentes conceptions dominant parmi les nations alliées. C'est l'archaïsme des Américains se démontrant dans cette lutte qui nous prouve le jugement de plus en plus raisonnable de la part des E.U. Le problème de démantèlement, ce fut le point essentiel dans le compromis s'étendant à toutes les questions de la politique envers l'Allemagne conclu entre les Alliés à Washington. Ce compromis caractérise la réaction se dessinant dès l'automne de 1948. L'auteur fait l'examen des raisons de cette réaction. Le développement de la politique envers l'Allemagne n'est pas fini encore, ce sont les syndicats américains qui représenteront le facteur positif dans cette politique à l'avenir.

**Resumen:** El cambio de la política norteamericana respecto a Alemania. Se expone las varias etapas de la política perseguida por los Estados Unidos hacia Alemania. La fase de la completa insensatez es caracterizada por el plan Morgenthau, que en Quebec ha sido alzado política oficial respecto a Alemania, y por consiguiente política europea de los Aliados. El primer plan industrial, que trajo consigo la salvación de las minas de carbón y la aprobación de la cuota de acero, marca el primer paso adelante ante aquel principio absolutamente destructivo. Lo negativo, en principio, de esta segunda fase se expresa en el reglamento 1067 que determina el leitmotiv de la política referente a Alemania. Sólo el segundo plan industrial va poniendo a Alemania en una fase constructiva aunque considerablemente perjudicada por el programa de desmantelamiento. La lucha por el programa de desmantelamiento patentiza los diferentes conceptos de los poderes victoriosos. El creciente entendimiento de parte de la política norteamericana se manifiesta en la tenacidad con la que los Estados Unidos sostienen esta lucha. La política de desmantelamiento forma el núcleo del arreglo concertado entre los Aliados en Washington y que se extiende a todos los problemas de la política respecto a Alemania. Este arreglo señala el revés que experimentó la política norteamericana desde el otoño 1948 respecto a Alemania. Observando la situación de la política interior de los Estados Unidos, investiga el autor las causas de este revés. Se reconoce la política de los sindicatos norteamericanos, que aun no ha sido terminado, como el elemento positivo de la futura política de los Estados Unidos respecto a Alemania.